

Arbeit ist eine Zitterpartie

Bloss jeder zweite Arbeitsplatz weltweit ist eine vertraglich gesicherte Festanstellung. Gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern sind prekäre Arbeitsformen gang und gäbe. Verschiedene internationale Kampagnen fordern nun das Recht auf einen existenzsichernden Lohn.

Von Pieter Poldervaart

Nach der Krise ist vor der Krise: so lautet das Fazit einer Studie, welche die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Ende September publizierte. Drei Jahre nach dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise gebe es zwar ermutigende Anzeichen einer wirtschaftlichen Gesundung. Doch anders als noch 2009 erhofft, werde es bis 2015 statt bis 2013 dauern, bis die entwickelten Länder wieder eine Beschäftigungsrate wie vor der Krise erreichten. Zudem häuften sich die Anzeichen, dass sich der Erholungstrend abschwäche oder sogar ein «Double Dip» drohe, also ein doppelter Taucher.

Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu
 Hinter diesem makroökonomischen Krebsgang stehen Millionen von Menschen, die massiv unter ihrer Arbeitslosigkeit leiden. In den 35 untersuchten Ländern waren durchschnittlich fast 40 Prozent der Erwerbslosen schon länger als ein Jahr ohne Job. «Diese Personen leiden unter Frustration, dem Verlust ihres Selbstwertgefühls und unter psychischen

Problemen», warnen die ILO-Forscher. Junge Menschen sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen – und werden sie endlich fündig, müssen sie sich häufig mit einem prekären Arbeitsverhältnis begnügen, wo sie ihre Fähigkeiten nicht einsetzen können.

Die Krise hat jedoch nicht nur in der Beschäftigtenstatistik ihre Spuren hinterlassen. Die ILO verglich die Sozialindikatoren von rund 80 Ländern vor der Krise (Mitte 2006) und 2009. Demnach registrierte die Bevölkerung in drei Vierteln der Länder einen Rückgang des Lebensstandards. In jedem zweiten Land nahm das Vertrauen in die Regierung ab, in zwei Dritteln der Länder sank die Jobzufriedenheit. Weltweit arbeiten 1,8 Milliarden der Beschäftigten oder 60 Prozent ohne Arbeitsvertrag. Sie sind wirtschaftlichen Schwankungen und Willkür der Arbeitgeber meist schutzlos ausgeliefert.

Für die Schweiz sind die Zahlen weniger dramatisch. Doch auch hierzulande nimmt die Prekarisierung der Arbeit zu. Seit 1993 stieg laut dem Branchenverband

Swisstaff die Zahl der Temporärarbeitenden von 70 000 Personen auf 282 000 im Spitzenjahr 2008. Und laut einer Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO von Anfang Oktober steuern befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeit auf Abruf, Heimarbeit und Praktika mit 3,5 Prozent auf einen neuen Rekordstand zu – im internationalen Vergleich ist dies aber immer noch bescheiden.

Doch auch in der Schweiz sind Leiharbeiter schlechter gestellt. Zudem musste die Temporärbranche in der Konjunkturkrise deutlich mehr Federn lassen als der Rest der Schweizer Volkswirtschaft. Laut SECO-Sprecherin Rita Baldegger liegt das daran, dass Unternehmen mit personellen Überkapazitäten zuerst die Beschäftigung von Temporärarbeitskräften abbauen und Entlassungen bei der Kernbelegschaft möglichst vermeiden. «Temporärarbeitskräfte können keine Kurzarbeitsentschädigung geltend ma-

Indien: Stoffproduktion für Naturaline



chen. Bei der Kernbelegschaft der Unternehmen hingegen wurde dieses Instrument in der Krise stark genutzt», so Baldeger.

Halber Lohn durch Temporärfirmen

Während hierzulande Arbeit in einen rechtlich geschützten Rahmen eingebettet ist, wird sie in Schwellen- und Entwicklungsländern kaum reguliert. Joachim Merz, Programmverantwortlicher beim Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH), berichtet von den Verhältnissen in Südafrika, als es um die Errichtung der Infrastruktur für die diesjährige Fussballweltmeisterschaft ging: «50 bis 70 Prozent der Bauarbeiter waren bei Sub- und Sub-Subunternehmern angestellt und nicht bei Generalunternehmen.» Weil alle in dieser Firmenkaskade Gewinn machen wollten, wurden die Löhne erbarmungslos gedrückt.

Gemeinsam mit der internationalen Bau- und Holzarbeitergewerkschaft sowie mit Support der Schweizer Gewerkschaft Unia und dem SAH gelang es, den Mindestlohn auf dem Bau innert dreier Jahre von umgerechnet 300 auf 450 Franken monatlich zu heben. Zudem wurden durch die Kampagne im Vorfeld der WM

etliche Temporärfirmen gemassregelt, die teils nur 50 Prozent des Mindestlohns gezahlt hatten.

Das Beispiel illustriert, was die ILO mit einer weltweiten Statistik dokumentiert: 41 Prozent aller Beschäftigten verdienen als Working Poor weniger als zwei Dollar pro Tag und leben damit – trotz Vollzeitjob und Überstunden – unter dem von der UNO definierten Armutsniveau. Schliesslich arbeiten 200 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren, wobei nur Tätigkeiten erfasst werden, die ihnen schaden oder die sie am Schulbesuch hindern. Sechs Millionen Kinder sind gefangen in modernen Formen der Sklaverei, dazu kommen nochmals so viele Erwachsene.

Sozialzertifikat für Pflastersteine

Doch bringt Wirtschaftswachstum wenigstens das schlimmste Elend zum Verschwinden? Joachim Merz vom SAH verneint und verweist auf Zahlen aus Lateinamerika. Von 1990 bis 2007 kletterte das Pro-Kopf-Einkommen von durchschnittlich 5330 auf 6074 Dollar pro Jahr. Gleichzeitig stieg der Anteil informeller Arbeit von 52 auf 57 Prozent. Merz: «In anderen Weltregionen sieht es ähnlich

trist aus.» Auch die Globalisierung beschleunige den Trend zur Prekarisierung eher, als dass sie ihn bremsen würde – und zwar nicht nur bei der Unterschicht. So unterzeichneten in den Jahren 2006 und 2007 die Regierungen Zentralamerikas einen Freihandelsvertrag mit den USA. Die Umsetzung des CAFTA-Abkommens hatte zur Folge, dass sich im Service Public die Arbeitsbedingungen verschlechterten oder Dienstleistungen im Gesundheitswesen ausgelagert wurden.

«Die Globalisierung bringt weltweit Unsicherheit in die Arbeitswelt, nicht nur in den Ländern des Südens, sondern auch in der EU und selbst in der Schweiz», betont Merz. Denn häufig wachse zwar die Wirtschaft, jedoch ohne genügend neue Jobs zu schaffen. Zudem hätten die Bedingungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank seit den Achtzigerjahren die lokale Industrie in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern zum Verschwinden gebracht.

Immerhin kann die öffentliche Hand ein Gegenpol zur reinen Marktlogik sein. Darauf setzt das SAH mit seiner Kampagne «Kehrseite». Bund, Kantone und Gemeinden werden verpflichtet, ihre jährlichen Investitionsentscheide in der Höhe von 36 Milliarden Franken nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach sozialen Kriterien zu fällen. 100 Gemeinden mit einer Bevölkerung von über einer Million Menschen haben sich der Kampagne bereits angeschlossen und verlangen etwa für Pflastersteine aus Indien ein Zertifikat, das belegt, dass in den Steinbrüchen soziale Mindestnormen eingehalten wurden.

Mindestlohn reicht in Asien nicht aus

Allerdings: Welche Minimalnormen erstrebenswert sind und welche als pures Feigenblatt dienen, ist umstritten. Die entwicklungspolitische Organisation Erklärung von Bern (EvB) etwa, die seit 1999 die internationale «Clean Clothes Campaign» (CCC) in die Schweiz trägt, fordert eine Weiterentwicklung des bisher mehrheitlich als vorbildlich beurteilten Verhaltenskodex der Business Social Compliance Initiative (BSCI), der sich an die ILO-Normen anlehnt. BSCI (vgl. Box S.25) fordert zwar faire Arbeitsverträge, eine maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden sowie die Einhaltung des gesetzlichen und branchenüblichen Mindestlohns. Doch besonders den letzten Punkt kritisiert Christa Luginbühl, Koordinato-

FAIR EINKAUFEN REDUZIERT DIE ARMUT

Feste Abnahmepreise, eine zusätzliche Prämie, langfristige Lieferverträge und möglichst direkter Handel: Auf diesen Pfeilern baut der Fairtrade-Gedanke auf. Die Schweiz steht mit 34 Franken pro Kopf und Jahr weltweit an der Spitze, was den Absatz gelabelter Fairtrade-Produkte angeht. «Ein Grund dafür ist, dass die beiden mit Abstand wichtigsten Schweizer Grossverteilern von Beginn weg Fairtrade-Produkte listeten und diese damit einer breiten Konsumentenschaft zugänglich machten», ist Regula Weber, Sprecherin der Max Havelaar-Stiftung, überzeugt. Weitere Gründe seien der relative Wohlstand in unserem Land und der tief verwurzelte Solidaritätsgedanke.

Die Entwicklungspolitik via Einkaufskorb wirkt auch in anderen Ländern: 2009 wurden weltweit Fairtradegüter im Wert von 4,6 Milliarden Franken umgesetzt, was einem Plus von 15 Prozent entspricht. Hierzulande lag der Umsatz bei 272 Millionen Franken, plus 2,6 Prozent.

62,7 Millionen Franken davon gingen an die Bauern, 17 Prozent mehr, als wenn sie ihre Lebensmittel, Blumen und Textilien auf dem konventionellen Markt abgesetzt hätten. 4,9 Millionen Franken davon gingen als Prämie direkt an die Landwirte, die das Geld in die Bereiche Bildung, Medizin und Infrastruktur investierten. Allerdings kann der Kauf von Fairtrade-Produkten im Fall von Baumwoll-Textilien keine existenzsichernde Löhne in der Verarbeitungskette garantieren.

Nur der Baumwollanbau ist nach Fairtrade-Kriterien zertifiziert, das heisst, die Bauern bekommen einen Mindestpreis und eine Fairtrade-Prämie. Für die nachgelagerte, oft aus einem Dutzend Glieder bestehende Verarbeitungskette sei eine Zertifizierung nach den strengen Fairtrade-Kriterien bisher nicht durchführbar gewesen, räumt Sprecherin Weber ein. Man mache sich aber Gedanken darüber, die Fairtrade-Regeln im Textilbereich zu komplettieren.



China: Kaffeemaschinenproduktion

rin der CCC in der Schweiz: «In den meisten Ländern Asiens, wo 60 Prozent des weltweiten Bekleidungsbedarfs produziert werden, deckt der Mindestlohn bloss 20 bis 60 Prozent des zur Existenz nötigen Einkommens.»

Besonders ins Gewicht fällt, dass in diesen Regionen häufig über die Hälfte des Einkommens für Lebensmittel aufgewendet wird, die in den letzten Jahren überproportional von der Teuerung betroffen waren. Nominal stiegen die Löhne zwar, doch vielerorts in Asien schrumpfte die Kaufkraft. Werde dann bloss der Mindestlohn bezahlt, seien Überstunden – oft 40 bis 50 pro Woche – unumgänglich. Die EvB kämpft deshalb für das Modell eines Existenzlohns. Dieser sollte durchschnittlich doppelt so hoch liegen wie der heutige Mindestlohn. Explodieren da nicht die Gestehungskosten unserer T-Shirts und Schuhe? Luginbühl winkt ab: Zwar hütete die Textilindustrie wie ein Staatsgeheimnis, welcher Anteil des Ladenpreises in Margen fliesse und welcher Anteil die eigentlichen Produktionskosten und die Lohnkosten der Fabrikarbeiterin seien. Doch laut Schätzungen handelt es sich beim Lohnkostenanteil bloss um 0,5 bis 3 Prozent – ein fairer Existenzlohn würde

somit den Ladenpreis nur minimal erhöhen.

EvB und CCC appellieren deshalb an Firmen in den Industriestaaten, das «Asia-Floor-Wage-Modell» zu testen. Dieses stellt nicht mehr auf die viel zu tiefen staatlichen Mindestlöhne ab, sondern nimmt die effektiven Gegebenheiten im entsprechenden Land zur Basis. Zudem müsste das Salär in mehreren Staaten einer Ländergruppe kaufkraftbereinigt gleich hoch sein, um das gegenseitige Lohndumping zu bekämpfen. Die Idee stösst auf positive Resonanz: Der Sportartikelhersteller Puma will in einem Pilotprojekt in vier asiatischen Ländern die Beschäftigten nach dem neuen Modell entlohnen. Luginbühl ist überzeugt, dass die Strategie von der Schlüsselindustrie Textilien auf weitere Bereiche wie etwa die Spielzeugbranche übertragen werden kann.

Kontrollen versagen

Die EvB-Kampagne www.10Rappen.ch will Druck machen auf die Schweizer Textilanbieter. Denn trotz Absichtserklärungen und Zertifikaten sieht die Realität in den Ursprungsländern oft anders aus, wie Recherchen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zeigen. Charles Vögele

etwa mit einem Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Franken und über 850 Filialen in Europa gehört zu den wichtigsten Schweizer Textilkonzernen. Offiziell bekennt sich Vögele zum BSCI-Mindeststandard. Doch als von April bis Juni 2010 ein indisches Team von Arbeitsrechtlerinnen im Auftrag der CCC die Arbeitssituation in zwei Fabriken in der indischen Region Gurgaon untersuchte, war von den Verpflichtungen kaum eine erfüllt. So muss

weiter auf Seite 23

Ergo Point

Ihr Ergonomie-Fachgeschäft

www.sitz.ch

Überstunden werden erwartet

Grace Lau ist Sachbearbeiterin in Hongkong. Ihr Büroalltag ist lang, der Urlaub meist sehr kurz. Doch sie schätzt das Arbeitsklima. Von Markus Rimmele



Vor Ort: Grace Lau an ihrem Arbeitsplatz und Blick ins Hauptbüro ihrer Abteilung.

Der Wecker klingelt um 6.45 Uhr. Ein neuer langer Arbeitstag liegt vor Grace Lau. Sie steht auf, frühstückt, geht ins Bad, zieht sich an, so wie es Millionen Berufstätige rund um den Globus jeden Morgen tun. Typisch für Hongkong ist vielleicht nur, dass die 28-jährige nicht allein oder mit einem Partner lebt, sondern nach wie vor bei den Eltern in einer kleinen Hochhauswohnung. Vor der Ehe auszuziehen schickt sich nicht besonders.

Gegen 8.15 Uhr verlässt Grace Lau die Wohnung im Stadtteil Lam Tin mit dem Wissen, dass sie erst zwölf Stunden später wieder zurück sein wird. Mitten im Hauptberufsverkehr quetscht sie sich in die Metro. Nach zwölf Stationen und einem Mal Umsteigen kommt sie an der Haltestelle «University» an, wo sie in den Shuttle-Bus der Uni steigt. Etwa um 9 Uhr betritt sie schliesslich ihr Büro.

Grace Lau arbeitet als Sachbearbeiterin in der Abteilung «General Education» der Chinese University in Hongkong. Diese Abteilung organisiert eine Art General-Studium, also Lehrveranstaltungen, die nicht an die normalen Studiengänge gekoppelt sind, sondern die Allgemeinbildung fördern sollen. Jede/r

Studierende muss vier solche Zusatzkurse belegen. Gleichzeitig organisiert die Abteilung ein Nebenstudium für die Ausbildung von Führungskräften.

Durch Pappwand getrennt

Ihr kleines Büro teilt sich die junge Frau mit einer Kollegin. Die beiden Schreibtische sind jedoch durch eine Pappwand voneinander getrennt. «Das ist sehr gut», findet Grace Lau. «Wir müssen beide den ganzen Tag telefonieren. Das kann einen wahnsinnig machen. Die Wand dämpft den Klang doch erheblich.» PC, Telefon, Drucker, Scanner, Kopierer, Regale für Aktenordner – es ist alles da, was ein modernes Büro braucht. Insgesamt arbeiten 19 Personen in der Abteilung.

Grace Lau fährt ihren Computer hoch. Der Arbeitstag beginnt mit dem Lesen von E-Mails. Jeden Tag ergiesst sich eine ganze Flut davon in ihr Postfach. Sie sei eine der Schaltstellen zwischen den Studierenden und der Uni-Verwaltung, berichtet sie. «Die Studenten kommen mit hunderttausend Fragen zu mir. Sie wollen wissen, was für Unterlagen sie für die Einschreibung abgeben müssen. Andere haben Fragen zum Stundenplan. Wieder an-

dere wollen einen Ratschlag haben, was für Kurse sie belegen sollen. Manche melden sich sogar mit persönlichen Problemen bei mir.» Ihr Job ist es, wo sie kann Auskunft zu geben und sonst die Anfragen an die entsprechenden Stellen innerhalb der Universität weiterzuleiten.

Doch das ist längst nicht alles. Grace Lau bastelt Stundenpläne zusammen, schreibt Empfehlungsbriefe für Studenten vor, die sie dann von ihrem Chef unterschreiben lässt, beantwortet Anfragen anderer Abteilungen. Ihre Vorgesetzten schätzen vor allem ihr Organisationstalent, sagt Grace Lau. Deshalb wird sie oft mit der Planung von Veranstaltungen und Ausflügen betraut. «Wenn wir eine Gruppenfahrt machen, muss ja irgendjemand zum Beispiel den Bus bestellen und dann auch dafür sorgen, dass der hier auf dem Gelände parken kann. Das muss ich dann mit anderen Verwaltungsstellen regeln.»

Am Wochenende ins Büro

Nach dem ersten E-Mail-Check reagiert Grace Lau auf die dringlichsten Dinge, die keinen Aufschub dulden. Dann geht sie nach nebenan ins Hauptbüro und spricht sich mit den Kollegen ab, was alles getan werden muss. Danach fängt sie an, ihre selbst gesetzten Tagesziele abzuarbeiten, wird dabei allerdings laufend von Anrufen unterbrochen. Das führt dazu, dass sie jeden Tag bis 19 Uhr im Büro bleibt, obwohl sie laut Vertrag um 17.30 Uhr Schluss hat. «Die Anrufe hören so um fünf Uhr auf», sagt Grace Lau, «erst dann habe ich die Ruhe, mich auf die langfristigen Aufgaben zu konzentrieren. Also mache ich unbezahlte Überstunden. Aber das stört mich nicht. Im Vergleich zu den meisten anderen Hongkongern habe ich es noch gut!»

Die Überstundenkultur in Hongkongs Arbeitswelt ist ein ständiges Thema in der Stadt. Fast jeder Arbeitnehmer arbeitet länger, als er eigentlich müsste. Die unbezahlte Mehrarbeit wird von den Chefs einfach erwartet. In vielen Büros brennt auch noch um 23 Uhr Licht. Grace Lau verbringt auch ihre Mittagspause am Schreibtisch und isst neben der Arbeit ihr mitgebrachtes Lunch-Paket. Etwa einmal im Monat kommt sie sogar am Wochenende ins Büro, weil sie sonst ihre Aufgaben nicht bewältigen kann.

Nur tageweise Ferien

Auch beim Thema Urlaub geniesst Grace Lau weit weniger komfortable Regelungen als ihre Kolleginnen in Europa. Ihr stehen 18 freie Tage pro Jahr zu. Doch sie nimmt nie mehrere Urlaubstage am Stück, denn längere Abwesenheiten sind nicht gern gesehen. Urlaubsreisen werden dadurch quasi unmöglich. Oft nimmt sie an Ferientagen Dokumente mit nach Hause und arbeitet einfach dort anstatt im Büro.

Grace Lau hat eigentlich Unternehmenskommunikation studiert. Doch am

Ein gutes Gehalt

Umgerechnet verdient Grace Lau rund 2600 Schweizer Franken im Monat. Ihr Arbeitgeber hat vorher bereits fünf Prozent für die Rentenkasse abgezogen und selber noch einmal fünf Prozent beigesteuert. Für ihre Position ist das ein recht gutes Gehalt in Hongkong. Steuern fallen fast keine an, weil nur grosse Einkommen stärker besteuert werden – und selbst diese nur mit maximal 15 Prozent. Europäische Steuersätze klingen in Grace Laus Ohren wie ein Alptraum.

«Etwas mehr als die Hälfte des Gehalts gebe ich aus. Den Rest spare ich für die Zukunft», sagt sie. Vor allem für den Wohnungskauf. Der wird in Hongkong für immer mehr Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ein utopisches Ziel. Selbst 30 Quadratmeter Wohnfläche in einer Vorstadt kosten hier schon 250 000 Franken.

Der Nachmittag im Büro vergeht wie im Flug. Telefonate, Formulare, Absprachen mit den Kollegen, persönliche Gespräche mit Studierenden. Wenn sie ihre Aufgaben dann gegen 19 Uhr abgeschlossen hat, packt Grace Lau zusammen,

«Im Vergleich zu den meisten anderen Hongkongern habe ich es noch gut.»

Ende des Studiums hörte sie von der Stelenausschreibung an der Universität. Mittlerweile arbeitet sie seit sechs Jahren dort. «Ich mag meinen Beruf sehr gern», sagt Grace Lau mit einem Lachen. «Vor allem der Kontakt zu den Studierenden macht mir Spass. Und die Atmosphäre im Büro ist freundlich. Das ist mir am wichtigsten.»

Mit mehreren Kollegen ist sie richtig befreundet. Man sieht sich auch ausserhalb des Büros. Eine Gruppe von Leuten trifft sich regelmässig und tauscht sich über Bücher aus, die jeder zuletzt gelesen hat. Manchmal geht das ganze Büro abends gemeinsam zu einem Vortrag, etwa über Buddhismus. Am Wochenende finden immer mal wieder Wanderungen statt oder Tai-Chi-Kurse. Da sind dann auch die Chefs dabei.

stürzt sich wieder in Hongkongs Rush-hour und fährt nach Hause. Manchmal trifft sie noch Freunde zum Abendessen. Obwohl sie schon sechs Jahre im selben Büro arbeitet, will sie noch bleiben. «Es gibt bei uns verschiedene Aufstiegsmöglichkeiten, die mich interessieren. Ausserdem ist es nicht leicht, wieder ein so angenehmes Arbeitsumfeld zu finden.»

Markus Rimmele ist freier Journalist in Hongkong. rimmele@weltreporter.net

in einer der Fabriken die Gewerkschaft im Geheimen arbeiten und nur drei Prozent der Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert.

In der anderen Fabrik ist die Gewerkschaft inexistent – die Befragten begründeten dies damit, dass sie sonst ihre Arbeitsstelle verlieren würden. Die Löhne lagen in der einen Fabrik knapp über, in der anderen knapp unter dem gesetzlichen Mindestlohn – der allerdings nicht zum Leben ausreicht. Denn die letzte Anpassung durch den Staat erfolgte 2007; seither haben sich die Lebensmittelpreise verdoppelt, die Mieten stiegen um 40 Prozent. Mit den Ergebnissen der Recherche konfrontiert, antwortete Vögele, die eine Fabrik arbeite nicht mehr für Vögele, im andern Fall gehe man der Kritik nach. Von Vögele war auf Nachfrage keine zusätzliche Information zu erhalten.

Auch die Schweizer Grossverteiler Migros und Coop als wichtige Player im Schweizer Textilhandel sind für Arbeitsrechte in Fernost sensibilisiert und vertrauen BSCI. Migros etwa setzt seit 13 Jahren auf den Standard, beurteilt aber das Asia-Floor-Wage-Modell als interessant: «Wir werden die Thematik innerhalb der BSCI besprechen», erklärt Migros-Sprecherin Martina Bosshard. Bei Coop sind über 70 Prozent der Lieferanten in einen solchen sogenannten Social-Compliance-Prozess eingebunden. Coop setze etwa bei Direktlieferanten im Textilprogramm Naturaline auf den Standard SA8000, der existenzsichernde Löhne vorschreibt, so Coop-Sprecherin Denise Stadler: «Zudem lobbyiert BSCI sehr intensiv für bessere Löhne und steht mehrmals pro Jahr in engem Kontakt mit NRO und Gewerkschaften, die in einem Stakeholder-Gremium organisiert sind.»

Faire Löhne für Tomatenpflücker

Coop blickt dabei nicht nur in die Ferne, sondern hat auch jene Produzenten im Visier, die in Italien, Spanien und Marokko für die Schweizer Küchen Tomaten, Gurken und Peperoni anbauen. 2005 initiierte Coop zusammen mit GlobalGAP, einer privaten Organisation zur Etablierung freiwilliger Standards in der landwirtschaftlichen Produktion, und der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) für Produzenten in Italien und Spanien das Programm «Gute Sozialpraktiken im Früchte- und Gemüseanbau» (GRASP). Ziel ist eine korrekte Entlohnung der Landarbeiter und die



Österreich: Schneiderei für Polstermöbel

Sicherstellung des Arbeitsschutzes. Darüber hinaus startete Coop einen weitergehenden Pilotversuch gemäss BSCI-Standard mit dem franko-marokkanischen Exporteur Idyl-Sopropel, der allein in Marokko 39 Betriebe mit einer Anbaufläche von über 2100 Hektaren bewirtschaftet.

Die Einfuhr von Früchten und Gemüse aus Nordafrika in die Schweiz nimmt laufend zu, doch die Arbeitsverhältnisse für viele Wander- und Saisonarbeiter sind häufig prekär. Zwar gebe es in Marokko ein relativ modernes Arbeitsgesetz, doch es werde von den meisten Unternehmen nicht angewendet, so Laurent

Vonwiller, Qualitätsverantwortlicher Früchte und Gemüse bei Coop. 2006 einigte sich Coop mit Idyl-Sopropel auf eine schrittweise Erfüllung der Normen bis 2012. Zum Prozess gehören Sensibilisierung, Gespräche am runden Tisch mit Behörden und Gewerkschaften, ein Verhaltenskodex und regelmässige Audits durch akkreditierte Kontrollorgane.

Globalisierung nicht pauschal verdammen
Solche positiven Entwicklungen sind allerdings die Ausnahme, insgesamt wächst die Zahl des weltweiten Prekariats. Doch eine einfache Schuldzuweisung sei unstatthaft, meint Rolf Kappel, Leiter des

Nachdiplomstudiums für Entwicklungsländer (NADEL) an der ETH Zürich. «Noch jede empirische Studie hat gezeigt, dass die Globalisierung einen positiven Einfluss auf die daran teilnehmenden Volkswirtschaften als Ganzes hat.» Obwohl die Länder insgesamt Wohlstandssteigerungen erführen, gebe es Teile der Bevölkerung, die mit erheblichen Anpassungslasten konfrontiert seien.

Während etwa in Europa und in den USA die Auslagerung der Stahlproduktion im letzten Jahrhundert zehntausende von Menschen ihrer Arbeit beraubte, profitierten umgekehrt heute breite Massen von günstigen Preisen für Gebrauchsgü-

ter aus Fernost – dieser Wohlstandseffekt werde häufig übersehen. «Wer aus einer Entwicklung Vorteile zieht, der geht selten auf die Strasse», so Kappel. Entscheidend für den Umgang mit der Globalisierung sei die Flexibilität der Betroffenen. So könne sich ein 50-jähriger deutscher Stahlarbeiter kaum Hoffnung machen,

ermöglichen. Gleichzeitig gilt es, in den Industrieländern endgültig Abschied von der Subvention von Agrarprodukten zu nehmen. Weizen und Milchkpulver zu Dumpingpreisen mögen zwar kurzfristig in Entwicklungsländern Versorgungsprobleme lösen, auf Dauer aber sabotieren sie die dortige Landwirtschaft.

ken, plädiert deshalb dafür, die gesamte Politik gegenüber Entwicklungsländern kohärenter zu machen: «Wir sollten aufhören, mit der einen Hand Entwicklungshilfe zu leisten und mit der anderen Hand ein Vielfaches davon den Entwicklungsländern wegzunehmen.»

Als Beispiel nennt Niggli die Verweigerung des Informationsaustauschs in der Steuerpolitik. Auf Schweizer Banken liegen 360 Milliarden Franken unbesteuerter Vermögen aus Entwicklungsländern, die in den Herkunftsstaaten dringend für die Armutsbekämpfung und den Aufbau der Infrastruktur gebraucht würden. Niggli: «Würden nur schon die Erträge dieser Fluchtgelder besteuert, hätten diese Länder jedes Jahr zusätzlich sechs Milliarden Franken zur Verfügung – mehr als das Doppelte der Schweizer Entwicklungshilfe.»

Pieter Poldervaart ist Journalist im Basler Pressebüro Kohlenberg. poldervaart@kohlenberg.ch

«Wer aus einer Entwicklung Vorteile zieht, der geht selten auf die Strasse.»

wieder eine adäquate Arbeit zu finden. Junge Informatiker in Indien hingegen rissen sich um die Dienstleistungsjobs, die dank der Globalisierung aus westlichen Ländern im Subkontinent entstehen. Eine generelle Verdammung der Globalisierung verbietet sich für Kappel auch deshalb, weil sie etwa in den Sechziger- und Siebzigerjahren den Aufstieg der asiatischen Tigerstaaten ermöglicht habe.

Ein ähnliches Phänomen habe sich in Mexiko und Brasilien abgespielt – und zum Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen geführt. Globalisierung beschränkt sich allerdings nicht nur auf Waren und Dienstleistungen, auch Wissen und Kapital ist mobiler geworden. Die Schweizer Politik ist laut Kappel jedenfalls gut beraten, weiter auf Marktöffnung zu setzen und Importe aus Südländern zu

Fluchtgelder besteuern könnte Wohlstand schaffen

Das Für und Wider der Globalisierung ist ohnehin eine akademische Diskussion, denn aufzuhalten ist sie kaum. Gestaltungsmöglichkeiten gibt es hingegen bei flankierenden Massnahmen wie den sogenannten Millenniums-Entwicklungszielen (MDG) der UNO. Dabei geht es unter anderem um die Erhöhung der Entwicklungshilfe. Durch die Finanzkrise sind solche Mittel knapper denn je. Auch die Schweiz gibt heute mit 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nur unwesentlich mehr aus als 2000, wenn man die Ausgaben für Schuldenerlasse und das Asylwesen in der Schweiz abzieht, das neu zu dieser Kostenstelle geschlagen wird. Peter Niggli von Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft von sechs Schweizer Hilfswer-

DER BSCI-VERHALTENSKODEX

Immer mehr Schweizer Firmen verlangen von ihren Zulieferern in Entwicklungs- und Schwellenländern die Einhaltung der acht Grundsätze der Business Social Compliance Initiative (BSCI). Die Grundsätze lehnen sich an die ILO-Normen an. Während die Grundidee eines Mindestlohnes ist, dass dieser ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, wurde die Interpretation unter dem vorherrschenden Wettbewerbsdruck zwischen den Produktionsländern verwässert und immer weiter nach unten geschraubt, um den Standortvorteil als Billiglohnland nicht zu verlieren, kritisiert Christa Luginbühl von der Erklärung von Bern: «BSCI fordert nur die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns. Dieser macht

aber in Asien bloss 20 bis 60 Prozent des Existenzlohns aus. Das Engagement dieser Firmen geht also eindeutig zu wenig weit.»

Die zehn BSCI-Grundsätze

- > Verbot der Zwangsarbeit
- > Verbot der Kinderarbeit
- > Keine Diskriminierung
- > Gesundes Arbeitsumfeld
- > Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen
- > Anständiger Lohn
- > Menschenwürdige Arbeitszeiten
- > Respektierung der Umwelt
- > Anerkennung der sozialen Verantwortung
- > Korruption wird nicht geduldet



BVS
Business-School
Zürich St. Gallen Bern Luzern

BETRIEBSWIRTSCHAFT

- Kader-Jahreskurs
- Höheres Wirtschaftsdiplom HWD/VSK
- Betriebsökonom / Betriebswirt/in VSK
- Bachelor of Business Administration
- Techn. Kaufmann/-frau eidg. FA

MARKETING

- Marketing-Assistent/in MarKom
- Marketingfachmann/-frau eidg. FA

VERKAUF

- Verkaufs-Assistent/in MarKom
- Verkaufsfachmann/-frau eidg. FA


PERSONAL

- Personal-Assistent/in mit Zertifikat Trägerverein HR
- HR-Fachmann/-frau eidg. FA

RECHNUNGSWESEN

- Assistent/in Finanz-/Rechnungswesen
- Sachbearbeiter/in Rechnungswesen VSK

- **Beginn: ab 31. Januar 2011**
- am Abend ■ Samstag ■ Montag
- Informieren Sie sich unverbindlich

BVS, Militärstrasse 106, 8004 Zürich
(Nähe Hauptbahnhof, gratis Parkplätze )

Telefon: 044 241 08 89

www.bvs-bildungszentrum.ch



Güter unterschiedlichster Herkunft

2009 exportierte die Schweiz Güter im Wert von 180,287 Milliarden Franken, die Importe beliefen sich auf 160,123 Milliarden Franken. Das mit Abstand wichtigste Herkunftsland von Importen war Deutschland (53,828 Milliarden Franken), es folgten Italien, Frankreich und die USA. Waren kommen auch aus fast allen anderen Ländern, wobei es häufig krasse Defizite bezüglich Menschen- und Arbeitsrechte oder dem Umgang mit der Umwelt gibt. Eine Auswahl.

NORDAMERIKA

Kanada

Exporte in die Schweiz: 774 Millionen Franken* (Öl, Bauholz, Zellstoff, Mineralien)

Bevölkerung: 33,8 Millionen

BIP in Dollar pro Einwohner: 39,669 (-2,6%)

Arbeitslosigkeit: 8,3%

Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 28,2%

In der Provinz Alberta boomt das Geschäft mit Ölsand. Riesige Bagger bauen das mit Sand vermengte Schweröl ab, woraus unter hohem Energieaufwand und CO₂-Emissionen Rohöl für den Export in die USA gewonnen wird.

USA

Exporte in die Schweiz: 8,119 Milliarden Franken (Pharmazeutika, Präzisionsinstrumente, Maschinen, Fahrzeuge)

Bevölkerung: 307,2 Millionen

BIP in Dollar pro Einwohner: 46,443 (-2,7%)

Arbeitslosigkeit: 10,1%

Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 66,8%

1977 wurde in den USA die Todesstrafe wieder eingeführt. Seither waren es 1156 Hinrichtungen, allein 52 im Jahr 2009.

Mexico

Exporte in die Schweiz: 393 Millionen Franken (Chemikalien, Fahrzeuge, landwirtschaftliche Erzeugnisse)

Bevölkerung: 112,5 Millionen

BIP in Dollar pro Einwohner: 8040 (-7,3%)

Arbeitslosigkeit: 5,5%

Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 38,8%

SÜDAMERIKA

Chile

Exporte in die Schweiz: 58 Millionen Franken (Lebensmittel, Papier und Zellstoff, Chemikalien)

Bevölkerung: 16,7 Millionen

BIP in Dollar pro Einwohner: 8852 (-1,7%)

Arbeitslosigkeit: 9,6%

Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 24,3%

Chile gewährleistet die Arbeitnehmerrechte. Allerdings dauern die teils gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Indigenen, den Mapuche, an. 2008 eskalierte der Konflikt, als teils jahrtausendealte Araukarienwälder

für die Zellstoffgewinnung unter Druck gerieten. Seither kommt es immer wieder zu Farmbesetzungen und zu Zusammenstößen der Mapuche mit den Holzfällern und der Polizei.

Brasilien

Exporte in die Schweiz: 657 Millionen Franken (Landwirtschaftliche Produkte, Aluminium, chemische Produkte, Zellstoff)

Bevölkerung: 198,7 Millionen

BIP in Dollar pro Einwohner: 7737 (-0,7%)

Arbeitslosigkeit: 8,1%

Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 41,6%

Um den Energiehunger der Grossstädte zu stillen, lässt die Regierung neue Riesenstaudämme bauen – ohne Rücksicht auf Natur und Menschen. Aktuell geht es um eine Staustufe am Rio Xingú, wo die Urbevölkerung vertrieben würde. Der dortige Bischof Erwin Kräutler wurde für seine Unterstützung der Indigenen mit dem Alternativen Nobelpreis 2010 ausgezeichnet.

AFRIKA

Libyen

Exporte in die Schweiz: 718 Millionen Franken (Erdöl)

Bevölkerung: 5,6 Millionen

BIP in Dollar pro Einwohner: k.A.

Arbeitslosigkeit: k.A.

Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 6,5%

Das Regime von Muammar Ghaddafi wird immer wieder des Staatsterrorismus beschuldigt. Beispiele sind neben dem Flugzeugabsturz von Lockerbie und dem Anschlag auf die Berliner Disco La Belle der langjährige Prozess gegen bulgarische Krankenschwestern wegen angeblicher HIV-Infektionen und zuletzt die Geiselnahme zweier Schweizer.

Nigeria

Exporte in die Schweiz: 239 Millionen Franken (Rohöl)
Bevölkerung: 148 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 1109 (+2,9%)
Arbeitslosigkeit: k.A.
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 3%

Der grösste Ölproduzent Afrikas hat zwar eine demokratisch gewählte Regierung, doch das schwarze Gold führt im Gewinnungsgebiet zur Bildung militanter Banden, die das Erdöl abzupfen. Dabei und bei den offiziellen Bohrungen kommt es immer wieder zur grossflächigen Verseuchung der Küstengebiete. In den zwölf nördlichen Bundesstaaten gilt die Scharia und damit die Todesstrafe für Homosexualität.

Algerien

Exporte in die Schweiz: 171 Millionen Franken (Rohöl)
Bevölkerung: 112,5 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 4027 (+2,1%)
Arbeitslosigkeit: 10,2%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 14,4%

Seit 1992 herrscht der Ausnahmezustand. Die Organisation Reporter ohne Grenzen schlägt Algerien dem Drittel der Staaten mit der geringsten Pressefreiheit zu.

Südafrika

Exporte in die Schweiz: 178 Millionen Franken (Gold, Mangan, Platin, landwirtschaftliche Produkte)
Bevölkerung: 48,7 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 10 313 (-1,8%)
Arbeitslosigkeit: 25%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 27,3

EUROPA

Deutschland

Exporte in die Schweiz: 53,829 Milliarden Franken (Maschinen, Pharmazeutika, Chemische Grundprodukte, medizinische Instrumente)
Bevölkerung: 82,3 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 34 037 (-4,9%)
Arbeitslosigkeit: 7,5%
Gesamtverschuldung in Prozent des BIP: 73,2%

Spanien

Exporte in die Schweiz: 3,704 Milliarden Franken (Pharmazeutische Produkte, landwirtschaftliche Produkte, Fahrzeuge)
Bevölkerung: 44,3 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 31 946 (-3,6%)

Arbeitslosigkeit: 18 %
Gesamtverschuldung in Prozent des BIP: 53 %

In den Monokulturen der Agrowüsten Almería arbeiten häufig illegale Tagelöhner zu minimalen Tagesgehältern.

Ungarn

Exporte in die Schweiz: 925 Millionen Franken (Maschinen, landwirtschaftliche Produkte, Fahrzeuge, Textilien und Bekleidung)
Bevölkerung: 9,9 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 12 926 (-6,3%)
Arbeitslosigkeit: 10%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 131,3%

Türkei

Exporte in die Schweiz: 690 Millionen Franken (Textilien, Maschinen, landwirtschaftliche Produkte)
Bevölkerung: 70,5 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 8723 (-4,7%)
Arbeitslosigkeit: 14,8
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 42,5%

Nach wie vor wird in der Türkei gefoltert, insbesondere Menschen, die angeblich oder tatsächlich der kommunistischen Arbeiterpartei PKK nahe stehen. Dank neuer Gesetze ist die Zahl der publik gewordenen Fälle in den letzten Jahren gesunken.

Israel

Exporte in die Schweiz: 184 Millionen Franken (Edelsteine, landwirtschaftliche Produkte)
Bevölkerung: 7,28 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 27 542 (+1,2%)
Arbeitslosigkeit: 7,8%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 79,9%

Im Konflikt mit den Palästinensern ignoriert Israel seit Jahrzehnten UNO-Resolutionen.

ASIEN

Russland

Exporte in die Schweiz: 523 Millionen Franken (Chemische Produkte, Edelmetalle, Edelsteine, Maschinen)
Bevölkerung: 142,5 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 14 918 (-7,9%)
Arbeitslosigkeit: 8,4
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 31,5%

In der «gelenkten Demokratie» werden unliebsame Medien mit Prozessen und Schliessungen der Druckerei oder der Sendeanlagen mundtot gemacht.

Kasachstan

Exporte in die Schweiz: 607 Millionen Franken (Rohöl, Edelmetalle)
Bevölkerung: 15,5 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 6542 (-2,0%)
Arbeitslosigkeit: 7,5%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 98,9%

Das Land wird von der Familie des autoritären Präsidenten Nursultan Nasarbajew kontrolliert

und belegt auf der Korruptionsliste von Transparency International Rang 145 von 180.

China

Exporte in die Schweiz: 5,099 Milliarden Franken (Maschinen, Textilien und Bekleidung, Chemische Produkte, Uhrmacherwaren)
Bevölkerung: 1,334 Milliarden
BIP in Dollar pro Einwohner: 3566 (+8,5%)
Arbeitslosigkeit: 10,2%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 7,7%

China verletzt konsequent die Menschenrechte, sei es in der «Autonomen Provinz Tibet» oder bei Liu Xiabo, dem Friedensnobelpreisträger 2010. Der Schriftsteller und Dissident hatte an einem Aufruf zu umfassenden politischen Reformen mitgewirkt und sitzt in China in Haft. Schon in den Neunzigerjahren hatte er drei Jahre im Arbeitslager und mehrere Monate unter Hausarrest gelebt. China liegt mit hunderten vollzogenen Todesstrafen weltweit vorn. Seit 2009 verzichtet Amnesty International jedoch darauf, das Land in der Statistik zu führen, weil das Regime die Zahlen als Staatsgeheimnis behandelt.

Thailand

Exporte in die Schweiz: 724 Millionen Franken (Uhrwerke, Schmucksteine, Maschinen)
Bevölkerung: 63 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 4401 (k.A.)
Arbeitslosigkeit: 1,4%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 27,7%

NRO werfen der thailändischen Polizei Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen vor. Zudem leben nach Schätzungen in Thailand 200 000 bis 300 000 Prostituierte – obwohl Prostitution offiziell illegal ist. Speziell Migrantinnen werden zur Prostitution gezwungen oder dafür ausser Landes geschmuggelt.

Vietnam

Exporte in die Schweiz: 2,141 Millionen Franken (Erdöl, Meeresfrüchte, Kaffee, Textilien und Schuhe, Schmucksteine)
Bevölkerung: 86 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 1060 (5,3%)
Arbeitslosigkeit: 6,5%
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 4,5%

Opposition gegen die kommunistische Regierung wird mit hohen Gefängnisstrafen oder gar der Todesstrafe geahndet.

Vereinigte Arabische Emirate

Exporte in die Schweiz: 468 Millionen Franken (Rohöl)
Bevölkerung: 5,6 Millionen
BIP in Dollar pro Einwohner: 38 283 (-0,7%)
Arbeitslosigkeit: keine Angaben
Staatsverschuldung in Prozent des BIP: 56,3%

In den Emiraten werden zahlreiche Haushälterinnen aus den Philippinen beschäftigt und häufig ausgebeutet und misshandelt.

*Alle Zahlen beziehen sich auf 2009.